



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-91709

Fax: (0221) 221-26592

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 08.10.2013

Niederschrift

über die **31. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 30.09.2013, 15:05 Uhr bis 16:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efsan Kara	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE
Herr Markus Wiener	pro Köln

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Jung CDU

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Helmut Metten	GRÜNE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
---------------------	-----------

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Schriftführer

Herr Ralf Droske

Fachverwaltung: siehe einzelne TOP

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Pohl	CDU
-------------------	-----

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
-------------------------	-----------------------

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Benennung eines Sachkundigen Einwohners

1 **Mitteilungen**

1.1 Verkehrssituation auf der Gleueler Straße (Bürgeranregung: 02-1600-53/11)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 19.12.2011, TOP 3.3
2534/2013

1.2 Teilnahme der Fachverwaltung an den Sitzungen des Ausschusses

2 **Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Parken auf Tanzbrunnengelände

2.2 Schriftliche Anfragen

3 **Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

3.1 Bürgereingabe: Erweiterungsbau Dialog-Gymnasium in Köln-Buchheim (02-1600-20/12)
1331/2012

3.2 Bürgeranregung: Shuttlebus-Verbindung von Meschenich zum Bahnhof Kalscheuren
(Az. 02-1600-90/12)
2282/2013

3.3 Bürgeranregung: Straßenführung der Berliner Straße zwischen Cottbusser Straße und Höhenhauser Ring (02-1600-17/13)
0992/2013

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Anfragen

4.1 Mündliche Anfragen

4.2 Schriftliche Anfragen

5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

Benennung eines Sachkundigen Einwohners

Der Ausschussvorsitzende, Herr Thelen, verpflichtet Herrn Stephan Wieneritsch seine Aufgabe als sachkundiger Einwohner nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

1 Mitteilungen

- 1.1 Verkehrssituation auf der Gleueler Straße (Bürgeranregung: 02-1600-53/11)
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 19.12.2011, TOP 3.3
2534/2013**

1.2 Teilnahme der Fachverwaltung an den Sitzungen des Ausschusses

Herr Thelen informiert über ein Schreiben des Oberbürgermeisters als Reaktion auf die Beschwerde des Ausschusses über die Nichtteilnahme der Fachverwaltung. Das Schreiben wird als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.1.1 Parken auf Tanzbrunnengelände

Herr Fischer kritisiert die gewerbliche Nutzung des Tanzbrunnengeländes als Parkfläche. Er bittet hierzu um Erläuterung und Mitteilung, wer dazu die Genehmigung erteilt hat. Auch die Bezirksvertretung 1 habe dies bereits mehrfach moniert. Die Antwort der Verwaltung soll daher auch der Bezirksvertretung zur Verfügung gestellt werden.

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 3.1 Bürgereingabe: Erweiterungsbau Dialog-Gymnasium in Köln-Buchheim (02-1600-20/12)
1331/2012**

Die Vertreter der Bürgerinitiative, Herr Neumann und Herr Stentenbach erläutern ihre Eingabe. Sie weisen darauf hin, dass in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren, das ein unmittelbarer Nachbar eingeleitet habe, nur die nachbarrechtlichen Belange geprüft wurden, insbesondere die Lärmbelastung. Die Auswirkungen auf die Verkehrsbe-

lastung würden im nachbarrechtlichen Verfahren jedoch keine Rolle spielen. Die Petenten sind der Auffassung, dass bei der Erstellung des Verkehrsgutachtens die zu erwartenden Besucher und das Fahrzeugaufkommen nicht ausreichend berücksichtigt wurden, da zu geringe Personenzahlen zu Grunde gelegt wurden. Sie befürchten, dass es bei einer Veranstaltung des Theaters, das fast 1000 genehmigte Plätze habe, zu einem Verkehrschaos kommt. Auch die Schülerzahlen seien zu gering angenommen, da die Schule für die Aufnahme von etwa 750 Schülern geplant sei.

Herr Tuch vom Stadtplanungsamt nimmt für die Verwaltung Stellung. Seines Erachtens gebe es keine Veranlassung, das Bebauungsplanverfahren oder Baugenehmigungsverfahren in Frage zu stellen. Der Umfang der Nutzung der staatlich anerkannten Ersatzschule sei sehr genau in einem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan geregelt. Die maximale Ausnutzung des Theaters ergebe sich durch die Raumgröße und liege bei maximal 790 Personen. Diese Veranstaltungen fänden jedoch entweder im Rahmen der Schulnutzung statt oder außerhalb der Schulzeit, so dass keine höheren Besucherzahlen zu erwarten seien. Es bestünden daher aus Sicht der Verwaltung planungsrechtlich keine Bedenken hinsichtlich des Verkehrsaufkommens. Vor der Inbetriebnahme müsse der Betreiber der Schule die Regelung des Verkehrsaufkommens nachweisen.

Frau Frebel, SPD, sieht die Einschätzung der Verwaltung sehr kritisch. Wie aus den Mitteilungen der Verwaltung an die Bezirksvertretung 9 hervorgehe (siehe Anlagen), sei die Verkehrsproblematik noch nicht gelöst. Sie halte die Befürchtungen der Anwohner für nachvollziehbar. Wie aus den Mitteilungen ersichtlich sei, werden etwa die Hälfte der Schüler von außerhalb kommen und zum Teil mit Fahrzeugen gebracht werden. Es sei zu befürchten, dass es zu erheblichen Verkehrsbelastungen und Staus bis auf die Frankfurter Straße komme. Auch die zur Verfügung stehenden Parkflächen seien voraussichtlich nicht ausreichend. Daher seien konkrete Maßnahmen zur Abwendung einer Verkehrsüberlastung und Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Zu- und Abfahrt zur Schule erforderlich, die nicht zu einer Erhöhung des Parkdrucks für die Anwohner führen.

Herr Tuch vom Stadtplanungsamt erklärt, dass die tatsächliche Lösung möglicher Verkehrsbelastungen in die Verantwortung des Bauherrn falle. Dies sei im planungsrechtlichen Verfahren nur bedingt prüfbar.

Herr Schneider, SPD, kritisiert, dass zu den wesentlichen Fragen zur Verkehrsbelastung von der Verwaltung nicht ausreichend Stellung genommen werden kann. Er plädiert daher für eine Vertagung der Vorlage in die nächste Sitzung, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, in der nächsten Sitzung zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Fraktionen von CDU und FDP sprechen sich für einen Verweis in den Stadtentwicklungsausschuss und Verkehrsausschuss aus, da dort die fachlichen Belange diskutiert werden sollten und über eventuelle weitere Maßnahmen entschieden werden kann.

Nach eingehender Diskussion zwischen den Fraktionen stellt Herr Thelen folgende Beschlussteile separat zur Abstimmung:

1. Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe. Nach den vorliegenden Informationen sind die Vorwürfe nicht begrün-

det. Eine Rücknahme der Baugenehmigung oder Aufhebung des Bebauungsplans wird als unbegründet erachtet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen Pro Köln, bei Enthaltung der SPD

2. Beschluss

Zu den Bedenken hinsichtlich der Verkehrs- und Stellplatzprobleme wird die Verwaltung aufgefordert, dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zur nächsten Sitzung zu erläutern, welche Auswirkungen auf die Verkehrssituation nach Inbetriebnahme der Schule zu erwarten sind und wie mögliche Probleme entschärft werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen CDU und FDP.

3.2 Bürgeranregung: Shuttlebus-Verbindung von Meschenich zum Bahnhof Kalscheuren (Az. 02-1600-90/12) 2282/2013

Von den Petenten ist niemand erschienen.

Für die Verwaltung erläutern Herr Bosse, Amt für Stadtentwicklung und Statistik sowie Herr Höhn von der KVB die Beschlussvorlage und nehmen zu möglichen Alternativen Stellung.

Herr Bronisc merkt an, dass der Shuttlebus bereits Inhalt des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen sei und schlägt eine Kombination beider in der Beschlussvorlage aufgeführten Alternativen vor, bei der der Shuttlebus bis 2015 fahren könnte.

Die Fraktionen signalisieren ihre Unterstützung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Herr Thelen lässt daher über den Vorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden empfiehlt folgende Beschlussfassung:

Der Verkehrsausschuss dankt den Petenten für ihre Eingabe. Er beauftragt die Verwaltung, vor dem Hintergrund des zukünftig verbesserten SPNV-Angebots am Bf. Kalscheuren ab Dezember 2015

- das bestehende Buskonzept im Kölner Süden unter Berücksichtigung einer Anbindung an den Bf. Kalscheuren zu überplanen,
- die notwendigen Abstimmungen mit der Stadt Hürth über die Nutzung und gegebenenfalls bauliche Ertüchtigung (Wendemöglichkeit, Bau einer Haltestelle) der östlichen Zufahrt zum Bf. Kalscheuren im Bereich des P+R-Platzes zu treffen und die Finanzierung zu sichern.

Die Planungen sollen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass eine Busverbindung zum Bf. Kalscheuren zum Fahrplanwechsel im Dezember 2015 in Betrieb genommen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Bürgeranregung: Straßenführung der Berliner Straße zwischen Cottbusser Straße und Höhenhauser Ring (02-1600-17/13) 0992/2013

Der Petent ist nicht erschienen.

Für die Verwaltung nimmt Herr Lachmann vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik Stellung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für die Anregung. Der Ausschuss unterstützt die Prüfung einer zusätzlichen Querungshilfe für Fußgänger. Zum Schutz der Radfahrer wird die Verwaltung beauftragt, dem Verkehrsausschuss die Einrichtung von Schutzstreifen für Radfahrer für beide Fahrrichtungen der Berliner Straße vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Anfragen

4.1 Mündliche Anfragen

4.2 Schriftliche Anfragen

5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Thelen
Vorsitzender

Droske
Schriftführer